

# Bund setzt Rotstift bei Deutschkursen an

Das Innenministerium hat die Mittel für die Seminare stark gekürzt. Viele Migranten, die bereits hier sind, können jetzt nicht mehr daran teilnehmen. Anbieter der Kurse und das Handwerk schlagen Alarm.

Von Marina Kraut

**Kempton** Manche Erwachsene in diesem Kurs an der Kolping-Akademie in Kempton haben Probleme, mit einer Schere zu schneiden. Andere können in ihrer Muttersprache nicht schreiben und lesen – geschweige denn auf Deutsch. Denn sie haben es nie gelernt. Im „Alphakurs“ sitzen an diesem Morgen sechs Menschen, die sich in Deutschland integrieren wollen oder müssen. Manche von ihnen sind freiwillig hier, andere hat etwa das Jobcenter zu diesem Seminar verpflichtet. Eigentlich sollten hier doppelt so viele Migranten sitzen und lernen. Doch weil das Bundesamt für Migration (Bamf) kaum noch Berechtigungen für solche Kurse ausgibt, fehlen Teilnehmer, die dafür schon angemeldet waren.

„Wir haben schon Menschen ohne aktuellen Berechtigungsschein wieder nach Hause schicken müssen“, sagt Maja Schill. Sie leitet an der Kolping-Akademie in

Kempton die Integrationskurse. An deren Ende steht nach einigen Jahren das Sprachniveau B1, also mittleres Niveau. Gerade verbringt Schill viel Zeit am Computer. Sie will unbedingt eine Lösung finden, wie sie die Kurse voll bekommen kann, damit sie weiterhin stattfinden. Kolping arbeitet nicht gewinnorientiert. Doch eine Mindestteilnehmerzahl sei notwendig, damit die Kosten gedeckt werden, erläutert Schill und ihre Kaufbeurer Kollegin Constanze Heppner im Gespräch.

Im Alphakurs in Kempton wird gerade der Buchstabe „M“ vertieft. Mit einfachen Übungen auf Grundschul-Niveau. „M- und M-ond“, sagt die Lehrerin betont langsam, während die Teilnehmer den vorher gezeichneten Buchstaben ausschneiden. Ein Stockwerk höher findet ein weiteres Seminar statt. Für Migranten, die im Hinblick auf ihre Bildung höher eingestuft wurden.

Heppner und Schill schütteln den Kopf über die jüngsten Maßnahmen des Bamf, das dem Bun-

desinnenministerium untersteht. Dieses will sparen – und hat aus Kostengründen die meisten Genehmigungen für die Integrationskurse gestrichen. Damit fehlt für Migrantinnen und Migranten die Voraussetzung, um überhaupt an den Seminaren teilnehmen zu können. Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive hatten sie bezahlt bekommen. Auch Menschen mit Status „geduldet“, Ukrainer oder EU-Bürger, die etwa Arbeitslosengeld beziehen. Neben der Sprache wird auch unterrichtet, was die Anbieter „Orientierung“ nennen. Es geht etwa um das deutsche Wahlsystem. Oder wie die Schulpflicht hier aussieht. Ziel ist es, die Menschen zu integrieren. Und dafür sei nach wie vor die Sprache der Schlüssel, sagen die Leiterinnen.

Nicht nur die Anbieter solcher Kurse schlagen nun Alarm. Besorgt ist auch die Arbeitsagentur, die langfristig Probleme auf sich zukommen sieht. Es habe sich ge-

zeigt, dass die Integration und ein Job-Beginn ohne Kurse hinausgezögert würden. Auch die Handwerkskammer meldete sich zu Wort. Sie sieht einen erfolgreichen Einstieg in den Arbeitsmarkt in Gefahr. Das pauschale Auslaufen der Förderung würde den Start ins Berufsleben „deutlich verschlechtern und zugleich den Bezug staatlicher Leistungen unnötig verlängern“. Gleichzeitig befürworte die Kammer den Vorstoß von Innenminister Alexander Dobrindt (CSU), Asylsuchenden einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Sie sollen nach drei Monaten arbeiten können.

Maja Schill kann zwar verstehen, dass diese Menschen schnell in einen Beruf sollen. Doch bei den Sprachkursen zu kürzen, helfe niemandem. Oft sitzen dort Väter und Mütter von mehreren Kindern. Doch Elternbriefe von Schulen könnten sie nicht lesen. Und wie solle ein Arbeiter auf dem Bau den

Anweisungen folgen, wenn er sie nicht versteht?

Angesprochen auf den nun harten Kurswechsel seines Parteikollegen Alexander Dobrindt, sagt der Ostallgäuer CSU-Abgeordnete Stephan Stracke: „Für uns als CSU gilt: Die beste Integration ist Arbeit.“ Wer schnell in Beschäftigung komme, lerne die Sprache oder gesellschaftliche Regeln nachhaltiger. Dass Integrationskurse notwendig sind, sei aber ebenso klar. Doch es müssten jetzt Prioritäten gesetzt werden. Eine „Haushaltsdisziplin“ sei notwendig, damit der Staat handlungsfäh bleibe. Integrationskurse sollten deshalb auf Menschen beschränkt werden, die eine realistische Bleibeperspektive haben.

Für Anbieter wie Kolping oder die Volkshochschulen bleibt die Lage angespannt. Maja Schill wünscht sich, dass bei Migrationsthemen ein Mittelweg möglich wird. Wo zu Zeiten der Ampel-Koalition zu viel ausgegeben wurde, sei es jetzt zu wenig. (Foto: Marina Kraut)



Maja Schill